



## Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz legalisiert Überwachung

Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz legalisiert Überwachung  
Dieser Gesetzentwurf geht vollkommen an den Bedürfnissen und Realitäten der Beschäftigten vorbei und dient einzig den Interessen von Unternehmern, die sich den gläsernen Mitarbeiter wünschen. Anstatt die Daten der Beschäftigten zu schützen, legalisiert der schwarz-gelbe Gesetzentwurf deren Überwachung und geht dabei zum Teil weit hinter geltendes Recht zurück", erklärt Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE. Korte weiter: "Die Koalitionsfraktionen ignorieren damit die Proteste von hunderten Betriebs- und Personalratsgremien, die zu Recht gefordert hatten, diesen Entwurf zu beerdigen. Angesichts der nun vorgelegten eher redaktionellen Änderungen stellt sich schon die Frage, warum die Bundesregierung sachverständige Experten überhaupt anhört oder sich zu Gesprächen mit Gewerkschaften trifft, wenn am Ende überhaupt nicht auf deren Kritik eingegangen wird. Sollte dieser Gesetzentwurf beschlossen werden, würde sich die datenschutzrechtliche Situation der Beschäftigten grundlegend und erheblich verschlechtern. Es ist daher an Heuchelei kaum zu überbieten, wenn sich jetzt Koalitionsvertreter hinstellen und diese Lizenz zur Überwachungsausweitung auch noch als Datenschutzfortschritt feiern. Mehr Sicherheit schafft der Gesetzentwurf nur für die Arbeitgeber, die nach dem Willen von Union und FDP fortan 'Rechtssicherheit' beim Ausspionieren ihrer Beschäftigten genießen sollen: Bei der offenen Videoüberwachung unter dem Vorwand der 'Qualitätssicherung', der ärztlichen Ermittlung von Gesundheitsdaten im laufenden Beschäftigungsverhältnis, bei anlasslosen E-Mail- und Internet-Screenings oder bei der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen der Mitarbeiter auf Vorrat, um nur einige Beispiele zu nennen. Nur ein breiter gesellschaftlicher Protest von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Datenschützern und der Opposition kann diesen massiven Angriff auf die Arbeitnehmerrechte noch abwehren. DIE LINKE wird ihren Teil dazu beitragen." F.d.R. Susanne Müller Die Linke. im Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 22 75 11 70 Telefax: 030 22776248 Mail: fraktion@linksfraktion.de URL: <http://www.pds-im-bundestag.de>

### Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de  
fraktion@linksfraktion.de

### Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de  
fraktion@linksfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..